



Wechselwirkung

ZEICHNUNG: JÜRGEN TOMICEK

Ein denkwürdiger Sommer deutscher Politik

Diese hektische politische „Sommerpause“ wird Deutschland lange im Gedächtnis bleiben. Die deutsche Politik hat sich in zwei entscheidenden Fragen, die auch Fragen politischer Kultur sind, grundlegend verändert.

■ **Das eine ist das Verhältnis zu Israel.** Seit diesem Sommer gibt es keine einzige wirklich pro-israelische Partei in Deutschland. Zuletzt hat die CDU durch ihr partielles Waffenembargo sich von Jerusalem abgewandt. Wer jemandem die Mittel verweigert, sich gegen seine Vernichtung zu wehren, unterstützt – egal unter welchem Vorwand – immer dessen Gegner. Seit diesem Sommer existiert in dieser Frage also eine Große Koalition aller Parteien – und die AfD ist mit im Boot. Eine Brandmauer gibt's da nicht. Die „Staatsräson“ ist perdu.

Die SPD hatte schon immer ein ambivalentes Verhältnis zu Israel. Unvergessen, wie 1973, mitten im Yom-Kippur-Krieg, mitten im israelischen Überlebenskampf ausgerechnet die von SPD-Ikone Willy Brandt geführte Bundesregierung versuchte, US-Waffenlieferungen an Israel über deutsches Territorium zu verhindern. Die Grünen haben seit den 80er Jahren ein Problem mit Juden, die zurückschießen. Die SED-Fortsetzungspartei, Die Linke, ordnet Israel gern in die Ideologie des Postkolonialismus ein – der übliche linke Schmu. Sie musste sich dazu aber gar nicht groß verrenken: Der alt-linker Antisemitismus hatte einen festen Platz auch in der DDR.

Die AfD und deren Chef Tino Chrupalla, der sich für einen Stopp der Waffenlieferung ausgesprochen hat und dem dabei der außenpoliti-

Man kann nicht behaupten, dass sich in Deutschlands Politik nichts verändern würde. Ein Blick auf zwei Wenden, die dieser Sommer ohne politische Pause brachte, von Alexander Will.

sche Experte der Fraktion, der Leipziger Matthias Moosdorf, sekundierte, kombinieren zwei der fürchterlichsten Eigenschaften vieler Ostdeutscher: Vulgärpazifismus und antiisraelische Vorurteile, die bis hin zum Antisemitismus reichen.

Die vorgeschobene moralische Empörung deutscher Parteien kann dabei über eins nicht hinwegtäuschen: Im Wesentlichen geht es um Ideolo-



Der Text zum Anhören, gesprochen vom Autor: www.nwzonline.de/nwz-meinung-podcast/

gie und vor allem um Opportunismus. In einem Papier des Kanzleramtes verweist der Kanzler als Begründung für seine Entscheidung auch auf „Verschärfung gesellschaftlicher Konflikte in Deutschland und Europa“. Im Klartext: Man hat auch vor den lautstarken antiisraelischen Demonstrationen auf Deutschlands Straßen kapituliert.

Doch die Einheitsfront in Sachen Israel hat vor allem einen demografischen Hintergrund: In jeder Partei sind nach einem ZDF-Politbarometer vom Juni mindestens 73 Prozent der befragten jeweiligen Parteianhänger für ein Embargo. Insgesamt 77 Prozent. Machtpolitisch ist eine antiisraelische Haltung also eine durchaus rationale innenpolitische Entscheidung,

das muss jeder Kritiker zugeben – obwohl sie strategisch und moralisch falsch ist.

Aber sei's drum. Wer sich auf diese Weise als unzuverlässiger Partner outet, wird die Quittung bekommen. Faktisch ist dieses Embargo ohnehin wenig wirksam. Israel wird auch weiterhin die „Drecksarbeit“ für uns verrichten – nur eben ohne deutsche Waffen. So formulierte es in dieser Woche der JU-Bundesvorsitzende Johannes Winkel.

■ **Die zweite bemerkenswerte Umwälzung** dieses Sommers betrifft Hinterzimmer-Absprachen um entscheidende Stellen der deutschen Gewaltenteilung. Die werden zukünftig sehr viel schwieriger werden. Ursache ist die Brosius-Gersdorf-Affäre.

Im Zuge der Ernennung von Verfassungsrichtern haben sich zum einen Parlamentarier ernannt und sich von ihrer Rolle als Stimmvieh der Parteioberen zeitweilig emanzipiert. Wer nun vom Versagen des CDU-Fraktionschefs spricht, eine Mehrheit zu organisieren, will die Abgeordneten genau dazu degradieren – zu gehorsamen Werkzeugen ihrer Parteiführung, die zuvor Entscheidungen in Hinterzimmern mit Koalitionspartnern und/oder der Opposition ausgeklüngelt hat.

Zum anderen sind Wahl und Kandidaten endlich intensiv öffentlich diskutiert

worden. Es gab eine Debatte – und eine Debatte ist immer gut. So mancher fühlt sich nun von dem steigenden Selbstbewusstsein von Abgeordneten und dieser munteren Diskussion um Positionen und Überzeugungen in seinen Kreisen gestört. Da müssen dann Verschwörungstheorien her, um solches zu desavouieren. Etwa die einer „Kampagne“.

Kampagne definiert der Duden als „gemeinschaftliche Aktion für oder gegen jemanden“. Natürlich! Wir alle kennen ja diese Treffen finsterner Demokratiefeinde und Nazis, von Schmierfinken und Dunkelmännern im Führerbunker, bei denen gemeinsames Vorgehen gegen die Lichtgestalten des Landes bis ins kleinste Detail ausgearbeitet wird!

Jenseits aller Ironie konzentriert sich die Kritik an der vermeintlichen „Kampagne“ auf sogenannte „rechte, alternative Medien“. Dabei gerät aus dem Blick, dass hier außerordentlich breit debattiert wurde und kritische Stimmen auch in FAZ, Welt, Bild, Cicero, NZZ und anderen „etablierten“ Medien zu finden waren, ganz zu schweigen von ernst zu nehmender Kritik in Fach- und Publikumsforen. Man kann auch nicht behaupten, dass Brosius-Gersdorfs Unterstützer keine Stimme gehabt hätten. Ganz im Gegenteil. Was da geschah, war keine Kampagne, sondern ein heftig geführter Meinungsstreit, wie ihn eine Demokratie aushalten muss und braucht. Wer solche Debatten unterbinden möchte, hat nur seine Deutungs- und Diskursheute im Sinn.

Eine intellektuelle wie faktische Zumutung waren allerdings Versuche, die AfD als Drahtzieher der nichtexistenten

Der eigentliche Skandal der Affäre besteht also nicht in der Nicht-Wahl der SPD-Kandidatin. Er besteht in dem Versuch, Kritik und Debatte als demokratiefeindlich umzudeuten, dabei sind beide ihre Herzstücke.

ten „Kampagne“ ins Spiel zu bringen. Natürlich ohne belastbaren Beleg – außer einem Strategiepapier, in das alles Mögliche hineingeheimnist wird, weil es kaum jemand im Original gelesen hat oder liest. Die Partei will das Kanzleramt? Skandal! Die Partei entwirft eine Strategie, um die CDU zur Kooperation zu zwingen? Noch größerer Skandal! Die Wahrheit ist: Natürlich gibt es solche Strategie-Papiere in jeder deutschen Partei.

Der eigentliche Skandal der Affäre besteht also nicht in der Nicht-Wahl der SPD-Kandidatin. Er besteht in dem Versuch, Kritik und Debatte als demokratiefeindlich umzudeuten, dabei sind beide ihre Herzstücke. Im Übrigen war das Rechtsextremismus-Tourette, das die Brosius-Gersdorf-Debatte begleitete, in dem Moment zu erwarten, als die Hinterzimmer-Tür geöffnet und gleißendes Scheinwerferlicht auf Kandidatin und Auswahlprozedur fiel. „Nazi“, „rechts-extrem“ und „Demokratiefeind“ sind schließlich die Standardgeschosse, wenn es um Verteidigung „progressiver“ Deutungshoheiten geht. Ernst nehmen kann man das nicht mehr.

Den Autor erreichen Sie unter Will@infoautor.de

Dr. Alexander Will ist Mitglied der Chefredaktion und politischer Kommentator in der Northwest Mediengruppe.

BILD: BICHMANN

